

E-Paper

Neo-Extraktivismus als Entwicklungsmodell für Lateinamerika und seine Widersprüche

Vortrag im Eröffnungspanel der Konferenz

„Rohstoffausbeutung und die Zukunft der Demokratie
in Lateinamerika - Befunde und Herausforderungen“
am 13. Mai 2014 in Berlin

Edgardo Lander

Autor

Edgardo Lander

Soziologe und einer der bedeutendsten Linksinтеллектуellen Venezuelas. Er ist Professor emeritus an der Universidad Central de Venezuela in Caracas, Professor an der Universidad Andina Simón Bolívar in Quito und an der Universidad Indígena de Venezuela sowie Fellow des Transnational Institute in Amsterdam. Lander ist in sozialen Bewegungen aktiv und Autor zahlreicher Texte über Demokratietheorie, Grenzen der Industrialisierung und des ökonomischen Wachstums sowie über die lateinamerikanische Linke.

1. Lateinamerika in der internationalen kolonial-imperialen Arbeitsteilung und Aneignung der Natur

Historisch hat die heute als "Lateinamerika" bezeichnete Region seit Beginn der Kolonial-epoche vor über fünfhundert Jahren eine tragende Rolle in der internationalen Arbeitsteilung und Aneignung der Natur gespielt: Ihre Funktion als Primär- bzw. Grundgüterlieferant stützte sich auf Sklaverei und andere Formen der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft. Der massive Reichtumstransfer von Lateinamerika über die Iberische Halbinsel nach Europa bezeichnete den Beginn des kapitalistisch-kolonialen Weltsystems und bildete die Grundlage für die ursprüngliche Kapitalakkumulation, mit der die industrielle Revolution ermöglicht wurde.

Die Unabhängigkeit in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts änderte daran nicht viel. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Rolle Lateinamerikas in der internationalen Arbeitsteilung und Aneignung der Natur ernsthaft in Frage gestellt: Die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) erkannte die Folgen einer kontinuierlichen Verschlechterung der Terms of Trade zwischen exportierten Primärgütern und importierten Industriegütern und förderte unter der Leitung von Raúl Prebisch die Industrialisierung des Kontinents durch Importsubstitution. Trotz zahlreicher Hindernisse waren diese Industrialisierungsansätze relativ erfolgreich, insbesondere in den größten Ländern Lateinamerikas Brasilien, Mexiko und Argentinien.

In den 1970er Jahren trat jedoch ein Wandel ein: Mit den Militärdiktaturen, der Schuldenkrise der achtziger Jahre und der durch den Washington-Konsens erzwungenen neoliberalen Anpassungspolitik, die 1973 mit dem von den USA unterstützten Militärputsch in Chile ihren Anfang nahm, wurde der Weg der Industrialisierung weitgehend aufgegeben. Es folgte der erneute Rückgriff auf die althergebrachte Theorie der komparativen Kostenvorteile, um die Notwendigkeit einer Konzentration des Kontinents auf das zu begründen, was er am besten konnte, nämlich Rohstoffe zu produzieren. Damit wurde eine neue Ära des Marktfundamentalismus mit dem Ziel eingeleitet, Lateinamerika in den darauffolgenden Jahrzehnten den Erfordernissen des transnationalen Kapitals anzupassen.

2. Die Massenproteste gegen Militärregimes und neoliberale Politik und der Aufstieg progressiver, linksgerichteter Regierungen

Der sogenannte "Linksruck" in Lateinamerika, insbesondere in den südamerikanischen Staaten, war das Ergebnis der Massenbewegungen gegen die Militärdiktaturen und später auch gegen die neoliberale Politik, mit der die neuen, demokratisch gewählten, jedoch den internationalen Finanzinstitutionen unterworfenen Regierungen die neoliberale Politik der Militärregimes unverändert fortsetzten.

Im Laufe der Zeit weiteten die Kämpfe sich auf den gesamten Kontinent aus. Höhepunkt der Mobilisierung und Vernetzung war die Widerstandsbewegung, die das Panamerikanische Freihandelsabkommen (FTAA/ALCA) als Ausdruck der imperialen Neokolonialisierung des gesamten Kontinents zum Scheitern brachte. Ein ebenso zentraler Faktor war die Gründung des Weltsozialforums in Porto Alegre. In diesen Kämpfen spielten die bäuerlichen und indigenen Organisationen eine zentrale Rolle. Neben den in der traditionellen Linken und den Volksbewegungen verankerten Kernanliegen wie den Arbeitsrechten und der Verteidigung des Öffentlichen gegen die Privatisierung gewannen so weitere Themenbereiche auf der politischen Agenda immer mehr an Raum. Hierzu gehörten u.a. die Frauenrechte, die Rechte der indigenen Völker, der Umweltschutz und eine zunehmende Annäherung an die Kritik des westlichen Zivilisationsmusters von grenzenlosem Wachstum.

Durch diese Kämpfe und insbesondere auch die Inhalte der neuen Verfassungen von Ecuador und Bolivien und deren zentrale Säulen, nämlich die Vorstellungen vom Guten Leben (Suma Kawsay bzw. Suma Qamaña), wurden außerordentlich hohe Erwartungen dahingehend geweckt, dass der Linksruck der Regierungen zu einer staatlichen Politik führen könnte, die den Extraktivismus als Ausdruck kolonialer Einbindung in den Weltmarkt in Frage stellen würde. Dass es in dieser Hinsicht zu grundlegenden Differenzen zwischen den neuen - sogenannten "progressiven" - und den von Konservativen bzw. Neoliberalen kontrollierten Regierungen kommen würde, stand zu erwarten.

Nach zehn bis fünfzehn Jahren fortschrittlicher bzw. linker Regierungen in Südamerika hat sich jedoch im Hinblick auf die Merkantilisierung und Finanzialisierung der Natur nichts geändert. Unabhängig von der jeweiligen Art von Regierung haben sich die wahllosen Angriffe auf die Madre Tierra; die Mutter Erde, in ihrer Geschwindigkeit noch erhöht. Der Anteil der Primärgüter am Gesamtexport weitet sich – zum Teil erheblich – in immer mehr Ländern Lateinamerikas aus.

In diesen Jahren hat eine massive Auslieferung von Gemeingütern stattgefunden, mit der die Rolle des Kontinents als untergeordneter Naturexporteur verfestigt wurde.

In Mexiko wurden in den ersten zehn Regierungsjahren der Partei der Nationalen Aktion (PAN) 26 Prozent der Gesamtfläche des Landes an Bergbauunternehmen verpachtet. Ein Großteil dieser Gebiete sind kommunale bzw. gemeinschaftliche Flächen.

In Peru nahm die Vergabe von Abbaurechten von 2003 bis 2008 um 85 Prozent zu (Trujillo, 2011); in Kolumbien stiegen die ausländischen Investitionen in extraktive Industrien, insbesondere in den Bergbau, zwischen 2002 und 2009 um fast 500 Prozent (Valencia, 2011), und in Argentinien, einem Land mit einer bisher kaum vorhandenen Bergbautradition, wurde die Erkundung von Bodenschätzen zwischen 2003 und 2008 um fast 300 Prozent ausgeweitet (Secretaría de Minería, 2009). Eine ähnliche Entwicklung kann beim Exportvolumen von Mineralien im erweiterten MERCOSUR festgestellt werden (Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Paraguay und Uruguay): Es stieg von 20 Mrd. USD (2004) auf einen Höchststand von über 58 Mrd. USD (2008) und ging danach auf knapp 42 Mrd. im Jahr 2009 zurück (Gudynas, 2011).

Der Konzentrationsprozess bei den Grunderzeugnissen beschränkt sich nicht auf den Bergbau: Derselbe Trend zeichnet sich auch im Energiesektor und bei den Agrarrohstoffen ab. In der Erntesaison 2010 entfielen in Paraguay 66 Prozent der Anbaufläche auf Soja; in Argentinien waren es 59 Prozent, in Brasilien 35 Prozent, in Uruguay 30 Prozent und in Bolivien 24 Prozent.

2012 wurde in Argentinien, Bolivien, Brasilien, Paraguay und Uruguay auf insgesamt 50 Millionen Hektar Soja angebaut, d.h. auf 500.000 Quadratkilometern. Diese Fläche ist 200.000 km² größer als Italien, 150.000 km² größer als Deutschland bzw. 50.000 km² größer als Schweden und in etwa so groß wie das spanische Staatsgebiet.

In Lateinamerika, insbesondere in Südamerika, hat infolgedessen in den letzten zehn Jahren eine zunehmende Reprimarisierung der Ökonomien stattgefunden.

Lateinamerika und Karibik: prozentualer Anteil der Rohstoffexporte an den Gesamtausfuhren

Latin American and Caribbean exports of primary products as a percentage of total exports

Country	2002	2011
Argentina	69.5	68.5
Bolivia	84.2	95.5
Brasil	47.4	66.2
Chile	83.2	89.2
Colombia	62.2	82.5
Ecuador	89.7	92.0
Mexico	15.7	29.3
Peru	83.0	89.3
Uruguay	63.7	74.3 ⁽²⁰¹⁰⁾
Venezuela	86.2	95.5
MERCOSUR	54.3	67.1
Total Latin America and the Caribbean	40.7	60.7

Es bestehen keinerlei Unterschiede zwischen den Staaten mit neoliberalen Regierungen, wie Kolumbien, Peru und Chile, oder mit Regierungen, die als sozialdemokratisch eingestuft werden könnten, wie Argentinien, Uruguay und Brasilien, und sogenannten "linken" bzw. revolutionären Regierungen, wie in Ecuador, Bolivien und Venezuela. Wir erleben gegenwärtig das, was von der argentinischen Soziologin Maristella Svampa als "Rohstoff-Konsens" bezeichnet wurde: das neue Phänomen eines fortschrittlichen Neo-Extraktivismus. Dieser neue Extraktivismus weist sowohl Ähnlichkeiten als auch Unterschiede zum klassischen Extraktivismus auf.

3. Unterschiede zwischen dem klassischen und dem neuen Extraktivismus

Stärkere staatliche Kontrolle, Ausweitung der nationalen Beteiligung an den Gewinnen, Verwendung eines höheren Anteils der Gewinne für sozialpolitische Maßnahmen zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung, Verringerung von Armut und Ungleichheit, verbes-

serter Zugang zu Nahrungsmitteln sowie Bildungs- und Gesundheitsleistungen - all dies entspricht den sozialen Forderungen der Bevölkerungsmehrheit. Darüber hinaus betrachten die Regierungen solche umfangreichen sozialen Investitionen als Voraussetzung für die Kontinuität ihrer politisch-elektoralen Legitimität, ohne die sie die Veränderungsprozesse nicht weiter vorantreiben könnten¹.

Der Neo-Extraktivismus im Zuge eines neuen weltweiten Musters der Kapitalakkumulation hat zu grundlegenden geopolitischen Verschiebungen geführt und das südliche Asien - insbesondere China - zum dynamischsten Zentrum globaler Akkumulation gemacht.

4. Kontinuität zwischen klassischem und neuem Extraktivismus

Zwischen dem klassischen und dem neuen Extraktivismus als Entwicklungsmodell bestehen keine wesentlichen Unterschiede. Die Vormachtstellung des auf den Primärgüterexport gestützten Produktionsmusters wird beibehalten bzw. noch weiter verfestigt.

Mit dem beschleunigten Ausbau der Handelsbeziehungen zu China wurden keine Wege für neue Formen der Integration in die internationale Arbeitsteilung und Aneignung der Natur eröffnet. Im Gegenteil: Die historisch vorherrschenden kolonialen Einbindungsstrukturen wurden eher noch verstärkt: Der Anteil der Primärgüter an den lateinamerikanischen Exporten nach China liegt noch höher als bei den Ausfuhren in die Vereinigten Staaten und die Europäische Union.

Diese Reprimarisierung vollzieht sich selbst bei einer aufstrebenden Wirtschaftsmacht wie Brasilien und führt zu einer „vorzeitigen De-Industrialisierung“, wie Pierre Salama es nennt. Die Handelsbeziehungen zwischen Brasilien und China als seinem wichtigsten Handelspartner sind dafür ein bezeichnendes Beispiel. Ähnlich oder in ihrem Ausmaß noch wesentlich weitreichender sind die sozioökologischen Folgen. Die hohen Weltmarktpreise und die vorhandenen neuen Technologien beschleunigen die Ausweitung der Logik der Akkumulation durch Enteignung auf neue Regionen und damit einhergehend die Ausplünderung und Vertreibung bäuerlicher Gemeinschaften und indigener Völker aus ihren angestammten Gebieten. Diese sozioökologischen Folgekosten fließen selbstverständlich nicht in die nationalen Berechnungen ein, in denen die Verwüstung von Dörfern und Territorien gleichbedeutend ist mit Wirtschaftswachstum.

1. An dieser Stelle ist weder Zeit noch besteht die Absicht, Bilanz darüber zu ziehen, was in dieser Phase des "Linksrucks" auf dem lateinamerikanischen Kontinent erreicht worden ist. In jedem Fall aber sind viele der in den letzten Jahren vollzogenen internen und geopolitischen Transformationen von großer Bedeutung.

Die binnenwirtschaftliche Anfälligkeit gegenüber Preisschwankungen für Rohstoffe auf dem Weltmarkt, die insbesondere für Länder mit einer starken Abhängigkeit von einem einzigen Produkt problematisch ist, bleibt bestehen. Noch verwundbarer sind Staaten wie Venezuela, die einen hohen Anteil ihrer Nahrungsmittel importieren.

Die Proteste gegen den Extraktivismus gehen weiter und ebenso deren Kriminalisierung. Der Widerstand gegen die vielfältigen Formen der Rohstoffausbeutung (Förderung von Erdöl, Kohle, Schiefergas, Goldabbau, Anbau gentechnisch veränderter Nutzpflanzen, Tagebau in großem Maßstab, große Wasserkraftwerke) ist in den letzten Jahren bis heute der Hauptgrund für die Kämpfe der Bevölkerung in ganz Lateinamerika, unabhängig von der politischen Couleur der jeweiligen Regierungen.

In von Land zu Land unterschiedlichem Maße gewinnt die Logik des Profits zunehmend an Bedeutung, nicht nur in ökonomischer, sondern ebenso auch in politisch-institutionell-kultureller Hinsicht. Venezuela ist hierfür das Paradebeispiel.

5. Die Extraktivismus-Debatte

In der gegenwärtigen Debatte über Extraktivismus in Lateinamerika werden grundlegende Unterschiede deutlich, nicht nur im Hinblick auf die Wesensmerkmale des Übergangs zu einer postkapitalistischen Gesellschaft, sondern auch hinsichtlich der Art der angestrebten postkapitalistischen Gesellschaft. In diesen Diskussionen kommt der Entwicklungskritik und den Perspektiven der Post-Entwicklung implizit oder auch explizit eine zentrale Bedeutung zu. Der kritische Standpunkt zum Neo-Extraktivismus geht allgemein von einer Kritik des hegemonialen Zivilisationsmodells aus, das sich auf unbegrenztes Wachstum und die dauerhafte Unterwerfung der gesamten Natur stützt. Dies schließt den Kapitalismus mit ein, geht jedoch auch darüber hinaus, wie die historische Erfahrung aus dem Sozialismus des 20. Jahrhunderts gezeigt hat. Die Verfechter des Extraktivismus hingegen führen ins Feld, dass der Kapitalismus nur mit den aus den extraktiven Industrien gewonnenen Ressourcen überwunden werden könne. Extraktivismus wird als Übergangsphase verstanden, in der sowohl die Befriedigung der unmittelbaren Bedürfnisse der Bevölkerung als auch die Aneignung des Reichtums und der notwendigen wissenschaftlich-intellektuellen Kapazitäten für seine spätere Überwindung ermöglicht werden.

In der gegenwärtigen lateinamerikanischen Debatte wird der extraktivistische Ansatz am hartnäckigsten von Álvaro García Linera, dem Vizepräsidenten Boliviens, vertreten. Seine Hauptargumente lassen sich anhand der folgenden Passagen verdeutlichen:

„[...] Könnten in einer ersten Etappe die aus dem staatlich kontrollierten Export von Primärgütern gewonnenen Mittel nicht zur Erzielung von Überschüssen verwendet werden, mit denen ein Mindestmaß an Lebensbedingungen für die bolivianische Bevölkerung und eine interkulturelle wissenschaftliche Bildung sichergestellt werden kann? Hierdurch könnte eine kritische intellektuelle Masse hervorgebracht werden, die in der Lage ist, die einsetzenden Prozesse der Industrialisierung und der Wissensökonomie zu gestalten und zu steuern“² (Álvaro García Linera, S. 109).

„Womit kann der Extraktivismus überwunden werden? Etwa dadurch, dass wir die Produktion einstellen, die Zinnminen und die Gasquellen schließen und so unsere materielle Existenzgrundlage gefährden, wie die Kritiker vorschlagen? Führt dies nicht zu wachsender Armut, und ist dies nicht der direkte Weg zur Restaurierung des Neoliberalismus? Wenn uns im revolutionären Prozess durch die Ablehnung des Extraktivismus die Hände gebunden werden, geschieht dann nicht genau das, was die konservativen Kräfte wollen, um diesen Prozess im Keim zu ersticken?“ (a.a.O., S. 108).

„[...] Die gedankenlosen Kritiker, die gegen den Extraktivismus zu Felde ziehen, [...] treten in ihrer politischen Liturgie für eine Beschneidung der materiellen Mittel ein, die von den revolutionären Kräften und Regierungen benötigt werden, um die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, Reichtum zu erzielen und ihn gerecht zu verteilen, und davon ausgehend eine neue materielle Basis ohne Extraktivismus zu schaffen, so dass der Nutzen für die arbeitende Bevölkerung gewahrt und gemehrt werden kann“ (a.a.O., S. 107-108).

„Hinter der jüngsten Kritik am Extraktivismus, die sich gegen die revolutionären und fortschrittlichen Regierungen richtet, verbirgt sich der Schatten der konservativen Restauration.“ (a.a.O., S. 110).

Während die Extraktivismus-Kritik vornehmlich von der Suche nach zivilisatorischen Alternativen zur Raubgesellschaft der grenzenlosen (kapitalistischen, aber nicht nur kapitalistischen) Entwicklung ausgeht, bekräftigt García Linera in seinen Aussagen das Vertrauen in die positiven Aspekte der Entwicklung.

² Álvaro García Linera: *Geopolítica de la Amazonia, Poder Hacendal-Patrimonial y Acumulación Capitalista. Vicepresidencia del Estado, La Paz, 2012*

„Darin besteht das Gute Leben: in der Nutzung von Wissenschaft, Technik und Industrie zur Schaffung von Reichtum auf andere Weise, so dass Straßen gebaut, Gesundheitsposten und Schulen errichtet, Nahrungsmittel produziert und die wachsenden Grundbedürfnisse der Gesellschaft befriedigt werden können. Gleichzeitig aber müssen wir auch die Grundfesten unserer natürlichen Umwelt für uns und die künftigen Generationen bewahren, die in der Natur die Verwirklichung ihrer grenzenlosen Fähigkeiten zur Befriedigung ihrer gesellschaftlichen Bedürfnisse finden werden.“ (a.a.O., S. 70)

Im Gegensatz zur Kritik am Extraktivismus in seinen zivilisatorischen Ausprägungsformen des Angriffs auf die Mutter Erde geht García Linera von einem „technischen System der Naturverarbeitung“ aus, das mit jeder Art von Gesellschaft vereinbar sei.

„[...Als Extraktivismus gelten] technische Systeme der Naturverarbeitung durch Arbeit, die sowohl in vorkapitalistischen als auch in kapitalistischen oder kommunitaristischen Gesellschaften auftreten können.“

„Die Kritiker des Extraktivismus verwechseln technisches System mit Produktionsweise, und aufgrund dieser Verwechslung verbinden sie Extraktivismus mit Kapitalismus. Sie vergessen dabei die Existenz von nicht-extraktivistischen und dennoch durch und durch kapitalistischen Industriegesellschaften! Unter den extraktivistischen Gesellschaften kann es kapitalistische, nicht kapitalistische, vor- oder postkapitalistische geben, und ebenso kann es unter den nicht extraktivistischen Gesellschaften kapitalistische, nicht kapitalistische oder postkapitalistische geben.“ (a.a.O., S. 107)

Der Konflikt um den Bau der Überlandstraße durch den Tipnis-Nationalpark ist sinnbildlich für die Auseinandersetzung zwischen zwei Gesellschaftsmodellen.

Extraktivismus und der Plan vom Guten Leben in Ecuador

In Ecuador kommen die vielfältigen Spannungen und Auseinandersetzungen zwischen den Vorstellungen von Veränderung im nationalen Entwicklungsplan zum Ausdruck, der 2009

von der Regierung unter dem Titel „Nationaler Plan für Gutes Leben 2009-2013“³ vorgelegt wurde. Auf der Grundlage der verfassungsrechtlichen Vorgaben geht es in diesem Plan um die komplexe und widersprüchliche Aufgabe, den Übergang zu einer Gesellschaft des Guten Lebens von Seiten der Staatsführung zu gestalten. Wie in Bolivien wird auch hier angestrebt, den Extraktivismus in der Anfangsphase als Bedingung festzuschreiben, um Reichtum schaffen und die Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigen zu können. Das Programm beinhaltet „mittel- und langfristige Planungsleitlinien mit einem Zeithorizont von 16 bis 20 Jahren“ (a.a.O., S. 56). Unter dem Titel „Akkumulation für den Übergang und Vertiefung der Verteilung“ wird die erste Phase definiert als „Akkumulation im Sinne der Abhängigkeit von den Primärgütern zur Stützung der Wirtschaft ...“. Der Plan ist vom Spannungsfeld zwischen den Zielsetzungen des Guten Lebens, der Plurinationalität und der Interkulturalität auf der einen und den Modernisierungsoptionen auf der anderen Seite geprägt, in dem die Kernlösungen für die Entwicklung des Landes in Forschung und Entwicklung, technologischer Innovation und der Entwicklung spezifischer Nischenbereiche wie Bio- oder Nanotechnologie gesehen werden. Hier könnten sich für Ecuador aufgrund seiner immensen biologischen Vielfalt komparative Kostenvorteile ergeben.

Die führenden indigenen und Umweltorganisationen des Landes, die bei der Erarbeitung der neuen Verfassung eine so zentrale Rolle gespielt haben, wehren sich gegen die Entscheidung der Regierung Correa für einen Neo-Desarrollismo extraktivistischer Prägung.

Der Konflikt um die Erdölförderung auf dem indigenen Territorium des Yasuní-Nationalparks ist zum Schlüsselsymbol für die widersprüchlichen Visionen von der angestrebten Gesellschaft geworden. Gegenwärtig tobt ein heftiger Kampf um die Durchführung einer landesweiten Volksabstimmung, um dort die Erdölförderung zu verhindern.

Die folgende Erklärung von Staatspräsident Rafael Correa macht deutlich, was er von den Kritikern der politischen Entscheidungen seiner Regierung hält:

„Ich habe schon immer gesagt, dass nach der Wahlniederlage der Rechten die größte Gefahr für unser politisches Projekt von der Linken, der Umweltbewegung und vom infantilen Indigenismus ausging und noch immer ausgeht. Schade, dass wir uns diesbezüglich nicht irren.“ (El Universo, 2009).

Das extraktivistische Produktionsmodell stützt sich jedoch nicht einfach nur auf ein „technisches Verhältnis zur Natur“. Ebenso wenig darf es als Etappe verstanden werden, die zu einem späteren Zeitpunkt überwinden werden kann. Darauf weist Fernando Coronil hin:

³ República del Ecuador. Plan Nacional de Desarrollo: Plan Nacional para el Buen Vivir 2009-2013. Construyendo un Estado plurinacional e intercultural. Secretaría Nacional de Planificación y Desarrollo – SENPLADES, Quito, 2009.

„... Produktion umfasst die Herstellung von Waren und auch die Bildung der an diesem Prozess beteiligten gesellschaftlichen Akteure. Sie fügt demnach auf einem einzigen Analysefeld die materielle und kulturelle Ordnung zusammen, innerhalb derer die Menschen sich selbst bilden und gleichzeitig ihre Welt gestalten.“⁴

An den Erfahrungen Venezuelas zeigt sich deutlich, dass der profitorientierte Extraktivismus nicht nur Erdölförderung beinhaltet, sondern dass er ein Modell gesellschaftlicher Organisation, eine bestimmte Art von Staat, ein politisches System, kulturelle Normen, Subjektivitäten und kollektive Vorstellungswelten hervorbringt, die nicht einfach umgekehrt werden können, wenn in einer späteren Phase der Veränderungsprozesse festgestellt wird, dass nun die ökonomischen Bedingungen für einen Ausstieg aus dem Extraktivismus gegeben seien.

„Selbst wenn diese Nationen versuchen, ihre koloniale Abhängigkeit vom Primärgüterexport durch die Umsetzung von Entwicklungsplänen zur Diversifizierung ihrer Ökonomien zu durchbrechen, stützen sie sich dabei gemeinhin auf die Deviseneinnahmen aus den Rohstoffausfuhren und verschärfen damit ihre Abhängigkeit von ihnen. Indem sie versuchen, ihren komparativen Kostenvorteil auszuspielen, nehmen diese Natur-Exportnationen paradoxerweise oftmals wieder ihre koloniale Rolle als Primärgüterquellen an, eine nun im Sinne der neoliberalen Rationalität des Globalisierungskapitalismus neu geschriebene Rolle. Für diese Staaten kommt nach dem Postkolonialismus der Neokolonialismus.“⁵

Die Verteidigung des Extraktivismus ist nicht nur Teil der internen Debatten in Ländern mit sogenannten "fortschrittlichen" Regierungen, sondern es geht dabei um ein Produktionsmodell, das sich aus gemeinsamen Vorstellungen der Mitgliedstaaten der ALBA (Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América - Bolivarianische Allianz für die Völker unseres Amerikas) ableitet.

4. Fernando Coronil Ímber, *El Estado Mágico. Naturaleza, Dinero y Modernidad en Venezuela*, Editorial Alfa, Caracas, 2013

Erklärung der ALBA aus dem Pazifikraum. 12. Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der ALBA-TCP-Staaten, Guayaquil, 30. Juli 2013:

„Gleichzeitig bekräftigen wir das Recht und das Bedürfnis unserer Länder, ihre nicht erneuerbaren natürlichen Ressourcen, die potenziell als wichtige Finanzierungsquelle für die wirtschaftliche Entwicklung, für soziale Gerechtigkeit und damit letztendlich für das Wohl unserer Völker eingesetzt werden können, verantwortungsvoll und nachhaltig zu nutzen. Wir sind uns darüber im Klaren, dass die Bekämpfung von Armut und Elend das vorrangige soziale Gebot unserer Zeit und unserer Region ist. In diesem Sinne lehnen wir die extremistische Position gewisser Gruppen ab, die sich mit ihrer Parole gegen den Extraktivismus systematisch gegen die Ausbeutung unserer natürlichen Ressourcen stellen. Sie fordern, dass dies lediglich auf der Grundlage des vorherigen Einverständnisses der Menschen und Gemeinden geschehen dürfe, die in der Nähe dieser Quellen des Reichtums leben. Dadurch wäre die Nutzung einer solchen Alternative praktisch nicht mehr möglich, so dass die bereits erzielten sozialen und wirtschaftlichen Erfolge letztlich gefährdet wären.“

13

Im Hinblick auf die Entscheidung für den Extraktivismus als Entwicklungsmodell stellt Venezuela einen Extremfall dar: Unter der bolivarianischen Regierung wurde die Abhängigkeit vom Erdöl und von der Logik des Profits, und damit einhergehend die sozioökologische Zerstörung, trotz der diskursiven Bezugnahme auf das Thema "Profitorientierung" systematisch verschärft. Der Anteil des Erdöls an den Gesamtausfuhren des Landes stieg unter der bolivarianischen Regierung in den letzten vier Jahren von ca. 63 Prozent (1998) auf 96 Prozent, und dies nicht nur aufgrund der Preisschwankungen für Rohöl. In seinem letzten Regierungsprogramm, das von Chávez 2012 zu den Präsidentschaftswahlen vorgelegt wurde und heute als sein politisches Vermächtnis gilt, wird das Profitdenken, das dem Verständnis von einer revolutionären Ölpolitik zugrundelegt, in aller Deutlichkeit festgeschrieben:

„... Unsere Ölpolitik muss revolutionär sein, und dies bezieht sich auf die Frage, wer den Gewinn aus dem Erdöl abschöpft, wie dies geschieht und wie er verteilt wird. Zweifellos muss der Staat die Erdölgewinne kontrollieren und abschöpfen, und zwar auf der Grundlage von Mechanismen, die den Wert des Öls maximieren, so dass die Gewinne zugunsten des Volkes verteilt werden und eine umfassende soziale Entwicklung des Landes unter gerechten und gleichen Bedingungen vorangetrieben wird. In diesem Punkt

unterscheidet sich die unsrige von jeder anderen Erdölpolitik.“⁶ (Hugo Chávez, Regierungsprogramm, vorgelegt am 11. Juni 2012 in Caracas)

Die zentralen Zielsetzungen des gesellschaftlichen Wandels, die im bolivarianischen Projekt, in der venezolanischen Verfassung, in den politischen Grundsatzpapieren und Vorschlägen bis hin zum letzten Regierungsprogramm von Chávez unter dem Titel Plan de la Patria formuliert sind, können durch die Bekräftigung eines Produktionsmodells, das sich auf ein einziges Produkt (Erdöl) stützt, zum großen Teil nicht erreicht werden. Wenn es nicht zu einer weitreichenden Umgestaltung dieser Produktionsstruktur kommt, wenn die Vorstellungen vom unbegrenzten Wachstum nicht aufgegeben, die Grenzen unseres Planeten und die tiefgreifende Zivilisationskrise der Menschheit nicht erkannt werden, wenn sich der Veränderungsprozess nicht auf den Übergang zu einer postfossilen Gesellschaft als zentrale Säule und Voraussetzung für die eigentliche Möglichkeit einer postkapitalistischen Gesellschaft stützt, besteht keinerlei Chance, die von der bolivarianischen Bewegung vorgeschlagenen zentralen Ziele zu erreichen.

Der politische Prozess in Venezuela ist von tiefen Widersprüchen zwischen seinen erklärten Hauptzielen auf der einen und der systematischen Stärkung der kolonialen Logik von Entwicklung und erdölgestütztem Profitdenken auf der anderen Seite durchzogen. Solch zentrale Zielsetzungen in den Formulierungen dieses Projekts gesellschaftlicher Umgestaltung wie partizipative Demokratie und kommunaler Staat, nationale Souveränität und Ernährungssouveränität, Plurikulturalität und Anerkennung der verfassungsmäßigen Rechte der indigenen Völker, und ebenso auch das im Regierungsprogramm Plan de la Patria genannte fünfte Ziel, "zur Bewahrung des Lebens auf unserem Planeten und zur Rettung der Gattung Mensch beizutragen", weisen nicht nur Widersprüche auf, sondern sie sind strukturell unvereinbar mit einem Erdölstaat, mit einer auf zerstörerischen Extraktivismus gestützten Ökonomie, deren Einnahmen sich überdies in den Händen der Exekutive eines hochgradig zentralisierten Staates konzentrieren.

⁶ Hugo Chávez, *Propuesta del Candidato de la Patria. Comandante Hugo Chávez para la Gestión Bolivariana Socialista 2013-2019*. Regierungsprogramm, vorgelegt am 11. Juni 2012 in Caracas

Das gesamte Dossier und die einzelnen Beiträge stehen unter einer Creative Commons Lizenz. (CC BY-NC-ND). Sie dürfen verbreitet, vervielfältigt oder öffentlich zugänglich gemacht werden unter folgenden Bedingungen:

- **Namensnennung** – Sie müssen den Namen des Autors/ der Autorin und des Rechteinhabers (Heinrich-Böll-Stiftung) sowie die URL des Werks (Direktlink) nennen.
- **Keine kommerzielle Nutzung** - Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.
- **Keine Bearbeitung** - Dieses Werk darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert werden.

Abweichungen von diesen Bedingungen bedürfen der Genehmigung des Rechteinhabers: internetredaktion@boell.de
ausführlicher Lizenzvertrag unter: <http://creativecommons.org>

Impressum

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung

Schumannstraße 8, D-10117 Berlin

Übersetzung: Beate Engelhardt

Redaktion: Petra Tapia, Ines Thomssen,

Lateinamerikareferat

Erscheinungsort: www.boell.de

Erscheinungsdatum: 17.Juli 2014